

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund

Eine repräsentative Analyse des Wahlverhaltens von Personen mit und ohne Migrationshintergrund – insbesondere Polen-, Russland- und Türkeistämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

Dominik Hirndorf

- › Im Wahlverhalten zeigen sich im Zeitverlauf insbesondere in den letzten fünf Jahren erhebliche Veränderungen.
- › Das Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern ähnelt einander und zeigt seit 2015 analoge Dynamiken. Die Union ist in allen Gruppen die stärkste politische Kraft. Am besten schneidet sie in der Wahlabsicht bei Ausländerinnen und Ausländern ab.
- › Die Bewertungen der Parteien zeigen, dass lediglich die CDU und die SPD bei Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie bei Ausländerinnen und Ausländern durchschnittlich positiv bewertet werden.
- › Bei politischen Einstellungen zu Steuern, Migration oder Klima werden Unterschiede nach Herkunftsregion sichtbar, die verschiedene Parteipräferenzen erklären können.
- › Das Wahlverhalten nach Herkunftsländern unterscheidet sich sowohl untereinander als auch im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt deutlich.
- › Bei Türkei- und Russlandstämmigen ist die SPD mit Abstand stärkste Kraft und die Linke schneidet überdurchschnittlich ab.
- › Bei Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern liegt die AfD vorn, gefolgt von der Union.
- › Die CDU ist die einzige Partei, die bei Russland-, Polen- und Türkeistämmigen sowie bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern durchschnittlich positiv bewertet wird.
- › Fast jede/r zweite Türkeistämmige sieht die Interessen von Migrantinnen und Migranten von keiner politischen Partei vertreten.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Die Studie	3
Wahlberechtigung und Wahlabsicht von Deutschen mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern.....	4
Wahlberechtigung	4
Wahlabsicht.....	5
Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern im Vergleich	6
Wahlverhalten von Russland-, Polen- und Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern	9
Wahlverhalten von türkeistämmigen Deutschen und türkeistämmigen Ausländerinnen und Ausländern	9
Wahlverhalten von russlandstämmigen Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern	11
Wahlverhalten von polenstämmigen Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern.....	13
Wahlverhalten von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern.....	14
Wahlverhalten nach Religionszugehörigkeit.....	16
Bewertung von Parteien	17
Politische Einstellungen	20
Einstellungen zum Krieg in der Ukraine	23
Wahrgenommene Problemlösungskompetenz von Parteien	25
Politische Vertretung migrantischer Interessen	27
Zusammenfassung.....	29
Literatur	31
Impressum	33

Einleitung

In Deutschland leben inzwischen rund 25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind als wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund (etwa die Hälfte) und Wahlberechtigte der Zukunft mitentscheidend für den Ausgang von Wahlen. Auch das Wahlverhalten spezifischer Gruppen wie der Türkei-, Russland-, Polenstämmigen oder der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler steht immer wieder im Interesse der Politik. Nicht nur für politische Parteistrategien, sondern auch für die Frage der Repräsentation bedeutender Bevölkerungsgruppen stellen sich die Fragen: Welche Parteien werden von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern favorisiert? Wo zeigen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten? Welche politischen Einstellungen können diese Wahlabsichten erklären?

In einem aufwändigen Forschungsdesign hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren diesen Fragestellungen gewidmet und eine repräsentative Umfrage unter Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern durchgeführt. Mithilfe dieser Daten kann das Wahlverhalten bzw. die Wahlabsicht dieser Gruppen im Vergleich skizziert werden. Zusätzlich ermöglichen die Ergebnisse eine Aufschlüsselung für Türkei-, Russland- und Polenstämmige sowie für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Weiterhin ist durch die Konstanz im Forschungsdesign ein Zeitvergleich zu den beiden vorherigen Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2015 möglich.

Die Studie

Für diese Umfrage wurden durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Zeitraum 1. Oktober 2024 bis 28. Januar 2025 insgesamt 3.015 Personen mit einem Dual-Frame-Ansatz auf Basis einer Zufallsstichprobe befragt, davon je 1.005 Deutsche ohne Migrationshintergrund (DoMH), 1.003 Deutsche mit Migrationshintergrund (DmMH) und 1.007 in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer.¹ Deutsche mit Migrationshintergrund sind in der Definition dieser Studie alle zugewanderten Deutschen sowie alle in Deutschland Geborenen, von denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist oder in Deutschland geboren wurde, aber eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. Da sich in vorangegangenen Befragungen zeigte, dass Deutsche mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländer besser über Mobilfunk als über Festnetz erreichbar waren, wurde der Mobilfunkanteil in der aktuellen Umfrage auf 60 Prozent erhöht. Deutsche mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländer machen je knapp 15 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung aus. Mit je 1.000 Befragten sind diese beiden Gruppen in der hier untersuchten Umfrage also deutlich überrepräsentiert. Das ist notwendig, um eine ausreichende Fallzahl für tiefergehende belastbare Analysen zu erreichen. Für Analysen der Gesamtbevölkerung müssen die beiden Gruppen heruntergewichtet werden. Die Daten wurden daher entsprechend des Mikrozensus 2023 gewichtet und sind nach Gewichtung repräsentativ für die Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren. Alle Analysen basieren auf den gewichteten Daten. Damit auch Personen mit schlechten Deutschkenntnissen an der Umfrage teilnehmen konnten, wurde der Fragebogen in sechs Sprachen übersetzt (Englisch, Russisch, Türkisch, Polnisch, Arabisch, Französisch) und durch entsprechende fremdsprachige Interviewerinnen und Interviewer befragt.²

Für die größten Herkunftsgruppen (Türkei-, Polen- und Russlandstämmige) kann in allen drei Befragungen auch nach Herkunftsland unterschieden werden. Zusätzlich werden in der Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund in Anlehnung an das Statistische Bundesamt auch (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler erfasst.³

Zur sprachlichen Vereinfachung wird im Folgenden nicht zwischen Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern unterschieden, sondern nur von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern gesprochen, auch wenn es sich um beide Gruppen handelt. Da Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus unterschiedlichen Ländern stammen, gibt es bei der Auswertung Überschneidungen mit den Herkunftsgruppen. Es gibt also Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die gleichzeitig polenstämmig oder russlandstämmig sind. Sie sind daher sowohl in der Gruppe der Polenstämmigen bzw. Russlandstämmigen als auch in der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler enthalten. Für eine bessere Übersicht werden die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zusammen mit den Türkeistämmigen, Polenstämmigen und Russlandstämmigen in einer gemeinsamen Abbildung dargestellt. In dieser Umfrage wurden insgesamt (ungewichtet) 194 Türkeistämmige, 213 Polenstämmige, 183 Russlandstämmige und 255 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler befragt. Zudem konnten 384 Musliminnen und Muslime befragt werden, sodass auch eine Auswertung des Wahlverhaltens nach Konfession möglich ist. Größere Überschneidungen gibt es demzufolge auch zwischen Türkeistämmigen sowie Musliminnen und Muslimen, allerdings hat diese Überschneidung deutlich abgenommen. In der jüngsten Umfrage 2024/2025 sind 36 Prozent der Musliminnen und Muslime türkeistämmig. 2015 stammten noch 62 Prozent der Musliminnen und Muslime aus der Türkei. Umgekehrt gehören 74 Prozent der Türkeistämmigen 2024/2025 dem Islam an, zehn Jahre zuvor galt das noch für 83 Prozent. Dagegen ist der Anteil der Konfessionslosen unter den Türkeistämmigen von 12 auf 18 Prozent gestiegen.

Wahlberechtigung und Wahlabsicht von Deutschen mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern

Bei der Analyse des Wahlverhaltens von Menschen mit Migrationshintergrund gibt es zwei grundsätzliche Einschränkungen. Erstens sind nur Personen mit Migrationshintergrund wahlberechtigt, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind. Zweitens äußern Deutsche mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländer deutlich seltener eine Wahlabsicht.

Wahlberechtigung

Ausländerinnen und Ausländer sind als Nicht-Deutsche gemäß Grundgesetz nicht wahlberechtigt. Somit kann für diese Gruppe nur die hypothetische Frage gestellt werden, welche Partei die Person wählen würde, wenn sie wahlberechtigt wäre. Bei der Analyse der Antworten gilt es diesen Umstand zu berücksichtigen. Dennoch ist die Frage nach dem potenziellen Wahlverhalten von Ausländerinnen und Ausländern angesichts des großen Bevölkerungsanteils relevant. Schließlich handelt es sich bei den jetzigen in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern mit hoher Wahrscheinlichkeit um die wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund von morgen.

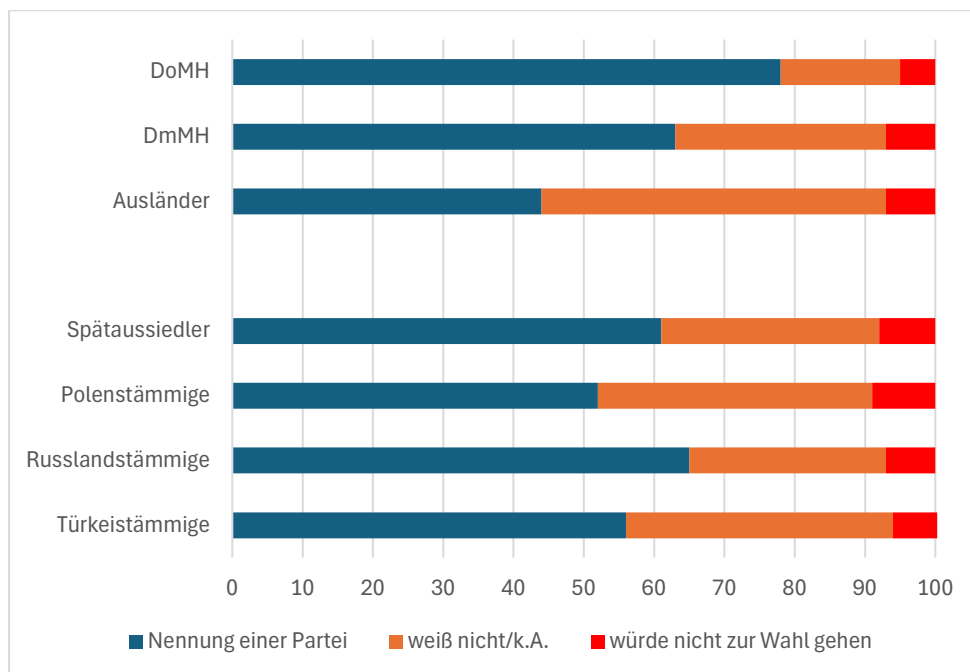
Die Frage der Wahlberechtigung ist auch bei der Analyse der einzelnen Herkunftsgruppen entscheidend. So sind beispielsweise nicht alle türkeistämmigen Personen in der Befragung wahlberechtigt.⁴ Eine Beschränkung lediglich auf wahlberechtigte Personen senkt die Fallzahl für die Herkunftsgruppen in einen kritischen Bereich, der die Fehlertoleranz zu stark erhöht. Daher werden für die Analyse nach Herkunftsgruppen alle Polenstämmigen, Russlandstämmigen und Türkeistämmigen berücksichtigt.⁵

Gleiches gilt für den Zeitvergleich zu den Messzeitpunkten 2015 und 2018/2019, deren Daten analog ausgewertet wurden. Allerdings ergeben sich durch die Berücksichtigung jeweils aller Polen-, Russland- und Türkeistämmigen über die Wahlberechtigung hinaus abweichende Werte zu früheren Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind als Gesamtgruppe wahlberechtigt.

Wahlabsicht

Deutsche mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländer äußern deutlich seltener eine Wahlabsicht als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Nur 63 Prozent der Deutschen mit Migrationshintergrund nennen bei der „Sonntagsfrage“ – also die Frage, welche Partei die Person aktuell wählen würde – eine Partei. Bei den Ausländerinnen und Ausländern sind es mit 44 Prozent sogar weniger als die Hälfte. Hohe Nennungen erhalten dagegen die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ (DmMH: 30 Prozent; Ausländer: 49 Prozent), was auf einen hohen Nichtwähleranteil hindeutet. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund geben 78 Prozent eine Partei an, was in etwa der Wahlbeteiligung der letzten Bundestagswahlen entspricht. Hier geben nur rund 17 Prozent die Antwort „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ an. Weitere 5 Prozent sagen, dass sie nicht zur Wahl gehen würden – bei Ausländerinnen und Ausländern sowie Deutschen mit Migrationshintergrund ist dieser Anteil ähnlich hoch (je 7 Prozent).

Abb. 1: Anteil von Personen mit Wahlabsicht nach Herkunftsgruppen



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Alle Befragten, die eine Partei genannt haben, wurden in der Abbildung zur Gruppe „Nennung einer Partei“ zusammengefasst.

Im Umkehrschluss bedeutet die geringere Wahlabsicht für die Analyse, dass sich die Ergebnisse nach Parteien eben nur auf einen Teil der Deutschen mit Migrationshintergrund bzw. der Ausländerinnen und Ausländer beziehen. Die erhöhte Nichtwählerquote ist hier bei der Interpretation zu berücksichtigen. Eine mögliche Erklärung für die erhöhte Nennung in der Kategorie „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ bietet das politische Informationsverhalten. Denn Deutsche mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländer informieren sich deutlich seltener über Politik in Deutschland. Rund 30 Prozent der Deutschen mit Migrationshintergrund informieren sich einmal pro Woche, seltener oder nie über Politik in Deutschland – bei Ausländerinnen und Ausländern liegt dieser Anteil bei 42 Prozent. Zum Vergleich: Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund geben dies 16 Prozent an (vgl. Pokorny 2025). Diese Anteile der weniger politisch

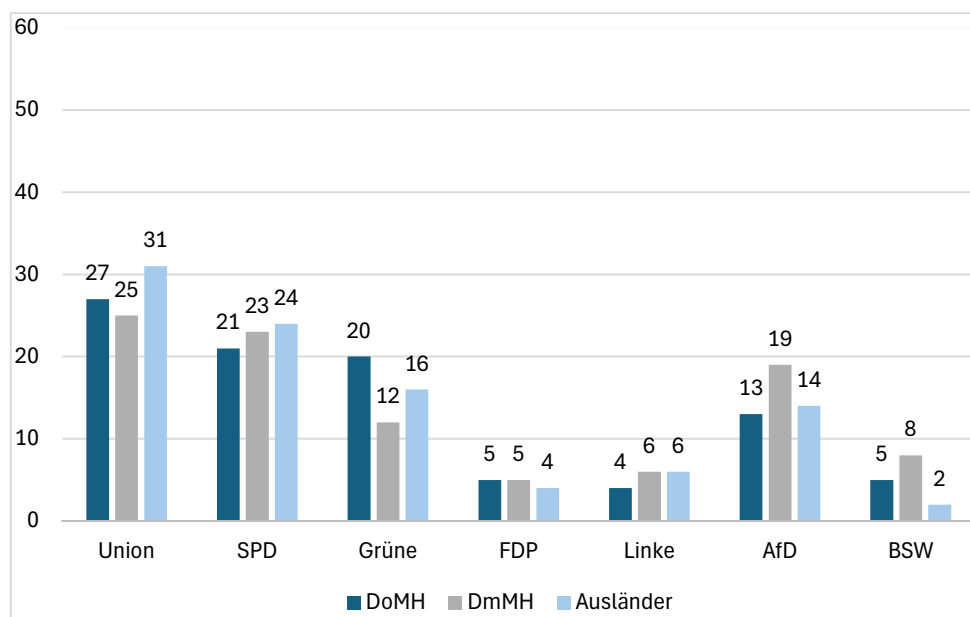
informierten (und vermutlich auch interessierten) Gruppen geben deutlich häufiger an, nicht zur Wahl gehen zu wollen, ungültig zu wählen oder nennen die Antwort „weiß nicht“ oder „keine Angabe“. Unter den 30 Prozent der Deutschen mit Migrationshintergrund, die sich wenig über das politische Geschehen informieren, nennt jede/r Zweite keine Partei bei der Sonntagsfrage. Innerhalb der 42 Prozent der weniger informierten Ausländerinnen und Ausländer sind es 73 Prozent.

Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern im Vergleich

Das Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern ähnelt einander und zeigt seit 2015 analoge Veränderungen. Die Union ist in allen Gruppen die stärkste politische Kraft. Am besten schneidet sie in der Wahlabsicht bei Ausländerinnen und Ausländern ab (31 Prozent). Bei Deutschen mit Migrationshintergrund (25 Prozent) erzielt sie leicht unterdurchschnittliche Ergebnisse. Die SPD schneidet bei Deutschen mit Migrationshintergrund (23 Prozent) sowie Ausländerinnen und Ausländern (24 Prozent) etwas besser ab als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund (21 Prozent). Bei den Grünen zeigt sich ein gegenläufiger Effekt. Die Partei wird von Deutschen mit Migrationshintergrund (12 Prozent) deutlich seltener gewählt als von Deutschen ohne Migrationshintergrund (20 Prozent). Bei FDP und Linken⁶ zeigen sich dagegen kaum Unterschiede. Die AfD und das BSW werden deutlich überdurchschnittlich von Deutschen mit Migrationshintergrund gewählt.

Eine „politische“ Gewichtung nach Parteipräferenzen erfolgt nicht. Daher können die Ergebnisse, insbesondere von der Präferenz bei einer angenommenen Bundestagswahl am kommenden Sonntag („Sonntagsfrage“), von den Ergebnissen anderer Umfragen abweichen. Abweichungen entstehen auch dadurch, dass die vorliegenden Umfragen mit mehr Befragten durchgeführt werden als bei Umfragen zur politischen Stimmung üblich. Daraus ergibt sich auch ein längerer Zeitraum der Erhebung, der wiederum im Vergleich zu sehr kurzfristig durchgeführten Umfragen zu Unterschieden führen kann.

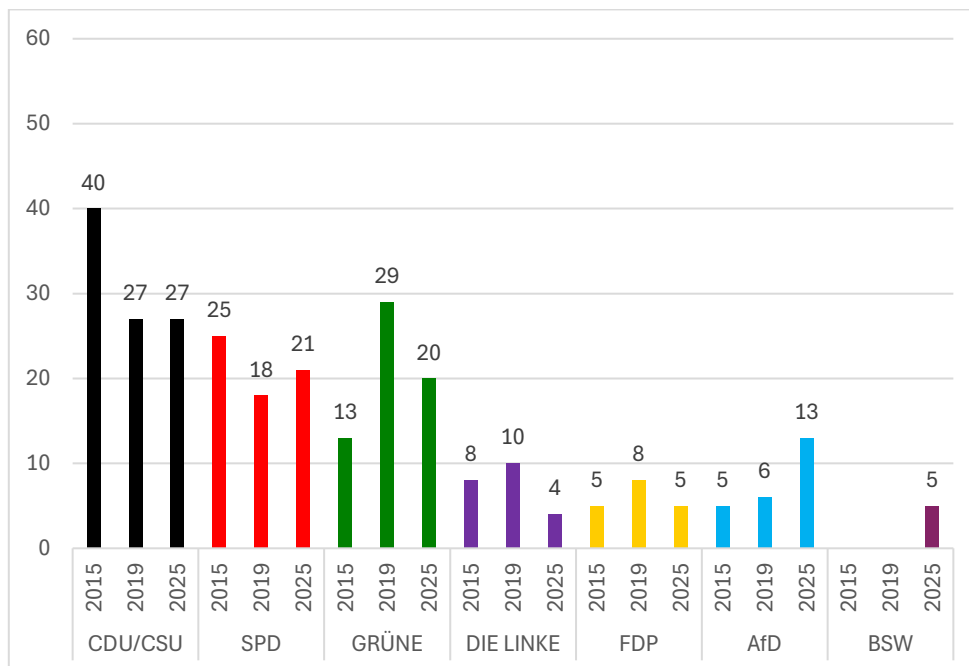
Abb. 2: (Potenzielles) Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

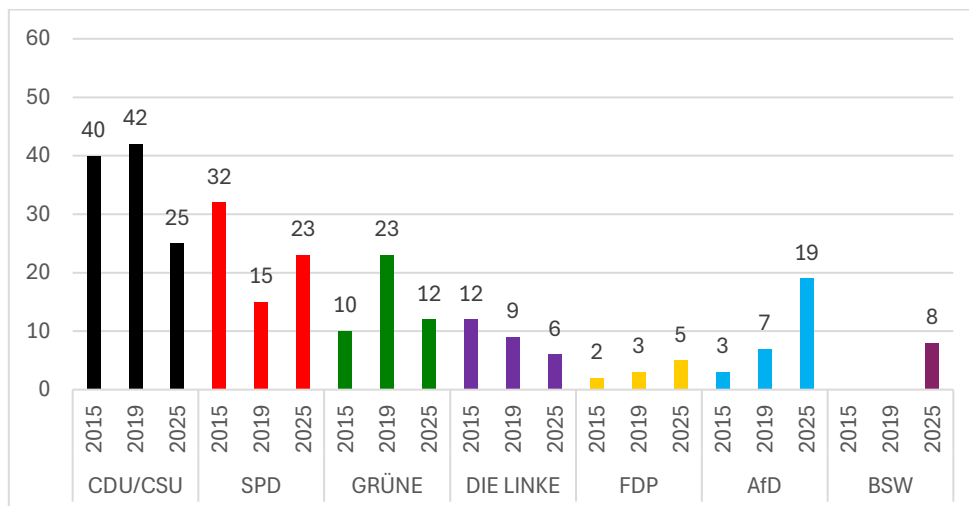
Im Zeitverlauf zeigen sich für die drei Gruppen ähnliche Entwicklungen – wie das Erstarken der AfD und das gesunkene Potenzial der Grünen – aber auch größere Unterschiede. Während die Union bei Deutschen ohne Migrationshintergrund 2019 und 2025 identische Anteile erhält (27 Prozent), sinkt ihr Anteil bei Deutschen mit Migrationshintergrund (-17 Prozentpunkte) und Ausländerinnen und Ausländern (-8 Prozentpunkte) deutlich. Die SPD klettert bei Deutschen ohne (+3 Prozentpunkte) und Deutschen mit Migrationshintergrund (+8 Prozentpunkte) wieder über die 20-Prozent-Marke. Die Wahlabsicht der Ausländerinnen und Ausländer für die SPD stabilisiert sich verglichen mit 2019 (-2 Prozentpunkte auf 24 Prozent) nach einem starken Einbruch seit 2015 (41 Prozent). Dabei profitiert die SPD auch von einem deutlichen Rückgang in der Zustimmung zu den Grünen, die, verglichen mit ihrem Umfragehoch im Europawahljahr 2019, in allen Gruppen massiv verlieren. Bei Deutschen mit Migrationshintergrund fällt der Rückgang mit -11 Prozentpunkten am größten aus. Die AfD kann ihren Anteil dagegen in allen Gruppen seit 2015 kontinuierlich steigern. Für das BSW liegt aufgrund des Alters der Partei kein Zeitvergleich vor. Es schneidet bei Deutschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich (8 Prozent) und bei Ausländerinnen und Ausländern unterdurchschnittlich ab (2 Prozent).

Abb. 3: Wahlverhalten von Deutschen ohne Migrationshintergrund im Zeitverlauf



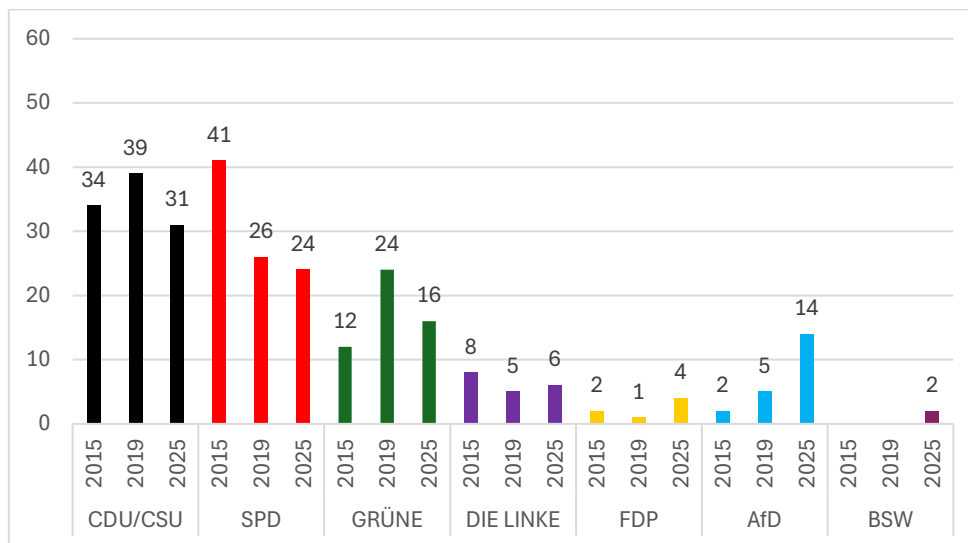
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte; Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.003 Befragte; Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

Abb. 4: Wahlverhalten von Deutschen mit Migrationshintergrund im Zeitverlauf



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte; Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.003 Befragte; Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

Abb. 5: Wahlabsicht von Ausländerinnen und Ausländern im Zeitverlauf



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte; Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.003 Befragte; Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre und Sie in Deutschland wählen dürften, welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

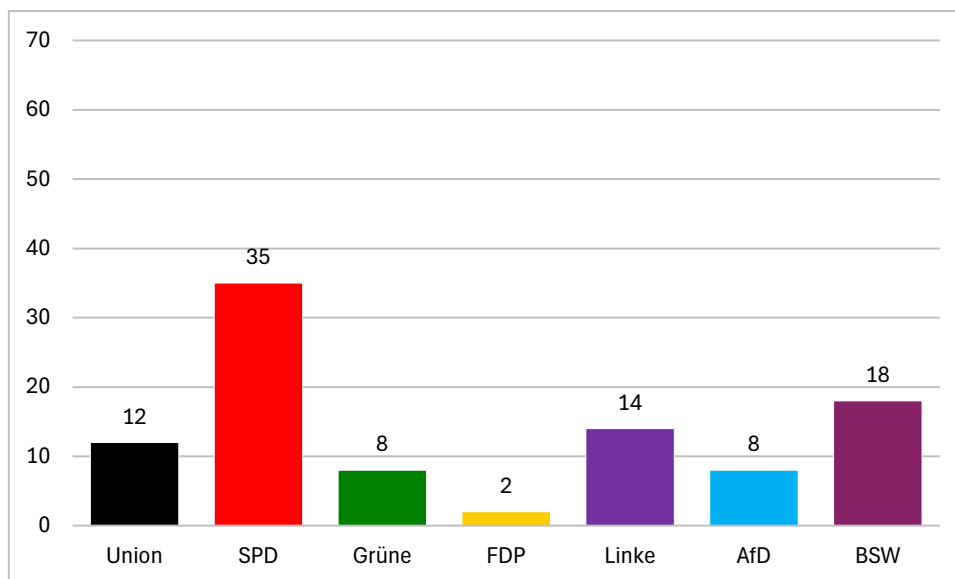
Wahlverhalten von Russland-, Polen- und Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern

Das Wahlverhalten von Russland-, Polen- und Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern unterscheidet sich sowohl untereinander als auch im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt deutlich. Während bei Türkei- und Russlandstämmigen die SPD mit Abstand stärkste Kraft ist und die Linke überdurchschnittlich abschneidet, liegen bei Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern die AfD gefolgt von der Union vorn. Jede Herkunftsgruppe zeichnet sich durch ein spezifisches Wahlverhalten aus.

Wahlverhalten von türkeistämmigen Deutschen und türkeistämmigen Ausländerinnen und Ausländern

Bei den türkeistämmigen Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern liegt die SPD mit 35 Prozent klar vorn. Stark überdurchschnittlich schneiden außerdem das BSW (18 Prozent) und die Linke (14 Prozent) ab. Deutlich unterdurchschnittlich schneiden die Union (12 Prozent), die Grünen und die AfD (8 Prozent) sowie die FDP (2 Prozent) ab. Dies gilt sowohl verglichen mit dem Bundestagswahlergebnis als auch mit dem durchschnittlichen Wahlverhalten der Deutschen mit Migrationshintergrund bzw. der Ausländerinnen und Ausländer. Die Türkeistämmigen zeigen somit weiterhin eine größere Nähe zur SPD bzw. sozialpolitisch linksausgerichteten Parteien.

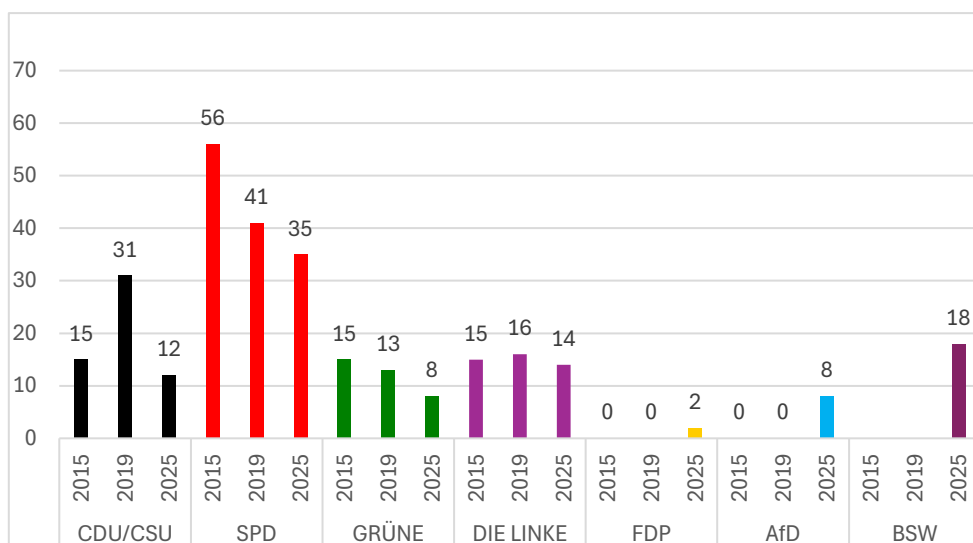
Abb. 6: Wahlabsicht von türkeistämmigen Deutschen, Ausländerinnen und Ausländern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben (N=106).

Im Zeitverlauf wird deutlich, dass die SPD zwar immer noch mit Abstand stärkste Kraft in einer durch (ehemalige) Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter geprägten Herkunftsgruppe ist, jedoch seit 2015 kontinuierlich Stimmenanteile verliert. Während 2015 noch mehr als jede/r zweite Türkeistämmige angab, die SPD wählen zu wollen (56 Prozent), sind es zehn Jahre später nur noch gut jede/r Dritte (35 Prozent). Während die Union zum Messzeitpunkt im Jahr 2019 noch von diesem Rückgang profitieren kann und die Stimmanteile bei Türkeistämmigen steigert (31 Prozent), verzeichnet sie 2025 wieder ein deutlich unterdurchschnittliches Ergebnis in dieser Herkunftsgruppe (12 Prozent). Auch die Grünen verlieren an Rückhalt (-5 Prozentpunkte seit 2019). Die Linken können ihre überdurchschnittlichen Stimmanteile in der Gruppe der Türkeistämmigen dagegen halten. Mit Blick auf die neueste Messung in 2024/2025 wird deutlich, dass insbesondere das BSW (18 Prozent) und die AfD (8 Prozent) von der sinkenden Zustimmung zu SPD, Grünen und Union profitieren können.

Abb. 7: Wahlabsicht von türkeistämmigen Deutschen, Ausländerinnen und Ausländern im Zeitverlauf

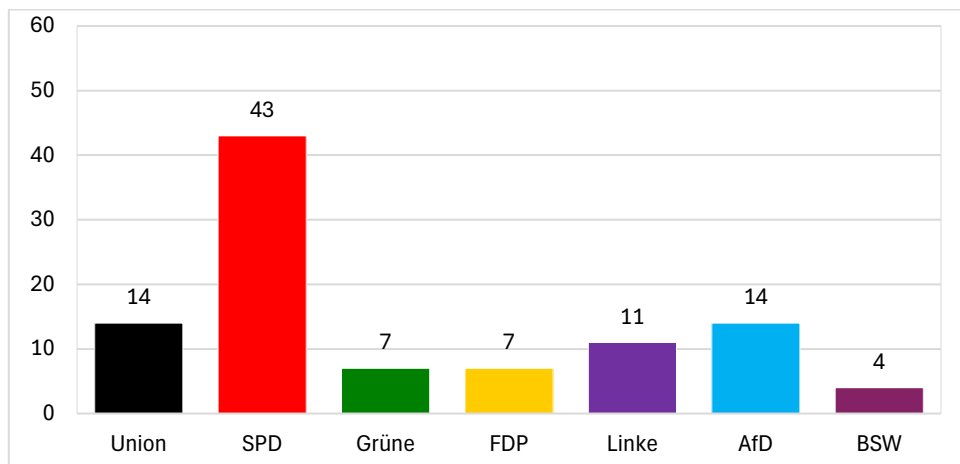


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte; Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.003 Befragte; Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

Wahlverhalten von russlandstämmigen Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern

Bei russlandstämmigen Personen erhält die SPD mit Abstand die größte Zustimmung. So geben 43 Prozent der Russlandstämmigen mit Wahlabsicht bei der Sonntagsfrage die SPD an. Zweistellige Stimmenanteile erhalten in dieser Gruppe die Union, die AfD (je 14 Prozent) sowie die Linke (11 Prozent). Die Linke schneidet somit, insbesondere gemessen am Gesamtdurchschnitt in der Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländerinnen und Ausländer (6 Prozent), überdurchschnittlich ab. Die Union und die Grünen werden dagegen bei den Russlandstämmigen unterdurchschnittlich häufig als präferierte Partei genannt.

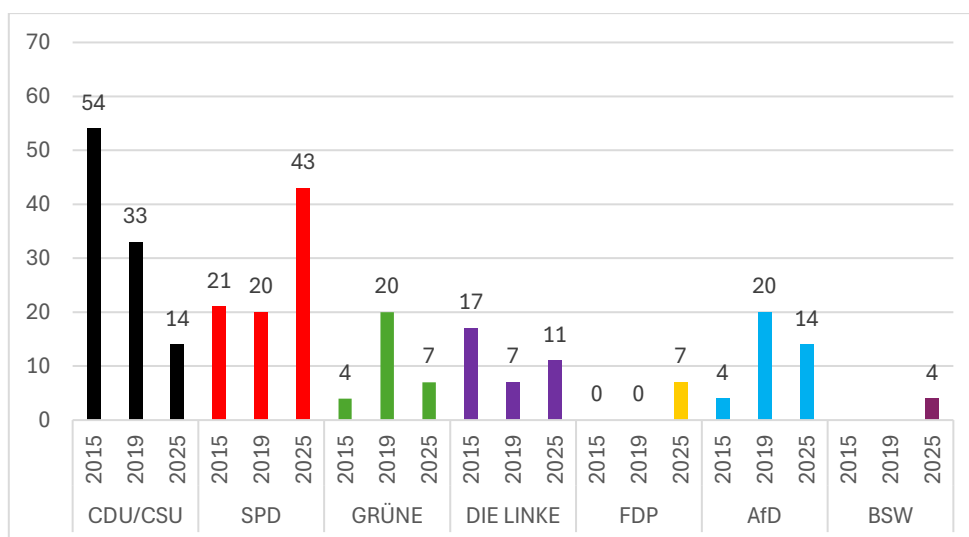
Abb. 8: Wahlabsicht von russlandstämmigen Deutschen, Ausländerinnen und Ausländern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben (N=111).

Die Zustimmung zur Union ist unter Russlandstämmigen innerhalb der letzten zehn Jahre stark gesunken. Profitieren konnten davon 2019 die Grünen (20 Prozent) und zuletzt die SPD (43 Prozent) sowie seit 2019 die AfD, wobei der AfD-Stimmenanteil bei den Russlandstämmigen im Jahr 2025 niedriger ausfällt als noch 2019.

Abb. 9: Wahlabsicht von russlandstämmigen Deutschen, Ausländerinnen und Ausländern im Zeitverlauf

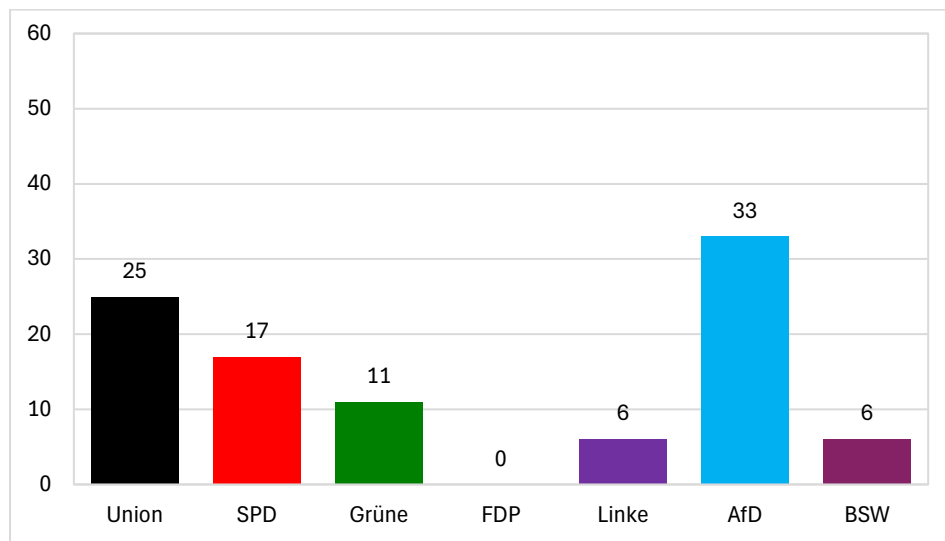


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte; Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.003 Befragte; Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

Wahlverhalten von polenstämmigen Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern

Unter polenstämmigen Personen ist die AfD mit einem Anteil von 33 Prozent stärkste Partei, gefolgt von der Union, die von rund einem Viertel bevorzugt wird (25 Prozent).⁷ Unterdurchschnittlich schneiden die SPD (17 Prozent), die Grünen (11 Prozent) sowie die FDP (0 Prozent), verglichen mit dem Gesamtdurchschnitt der Deutschen mit Migrationshintergrund bzw. der Ausländerinnen und Ausländer, ab. Die Linke und das BSW bewegen sich mit 6 Prozent unter den Polenstämmigen in etwa im Durchschnitt dieser Gruppen.

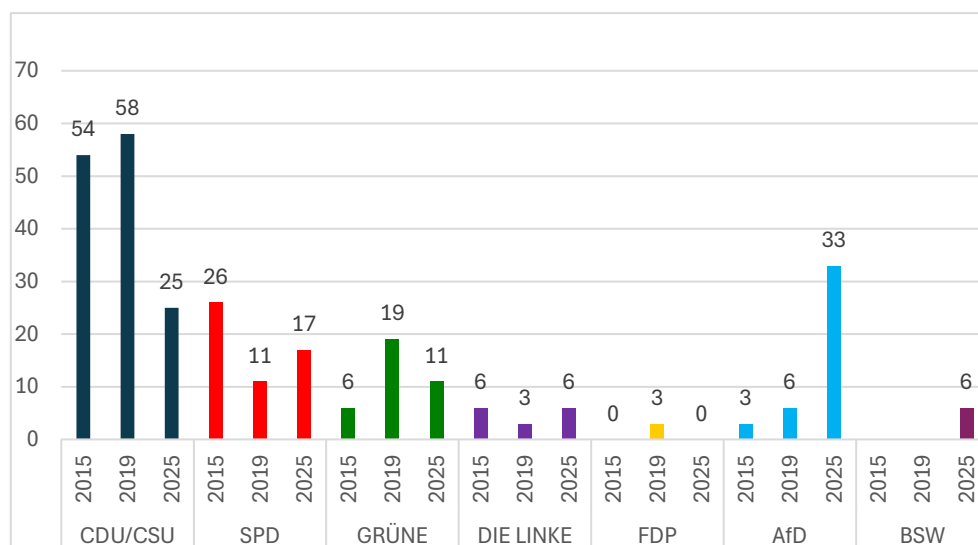
Abb. 10: Wahlabsicht von polenstämmigen Deutschen, Ausländerinnen und Ausländern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben (N=146).

Besonders die Union verliert im Zeitverlauf an Rückhalt unter Polenstämmigen. Während 2015 und 2019 noch mehr als jede/r zweite Polenstämmige sein Kreuz bei der Union machen wollte, ist es 2025 nur noch jede/r Vierte. Während die Grünen im Vergleich zu 2019 Wähleranteile verlieren (-8 Prozentpunkte), kann sich die SPD nach einem Einbruch 2019 wieder leicht steigern (+6 Prozentpunkte). Besonders stark fällt der Anstieg der AfD-Präferenz aus. Jede/r dritte Polenstämmige würde 2025 seine Stimme der AfD geben – ein Plus von 27 Prozentpunkten im Vergleich zu vor sechs Jahren.

Abb. 11: Wahlabsicht von polenstämmigen Deutschen, Ausländerinnen und Ausländern im Zeitverlauf



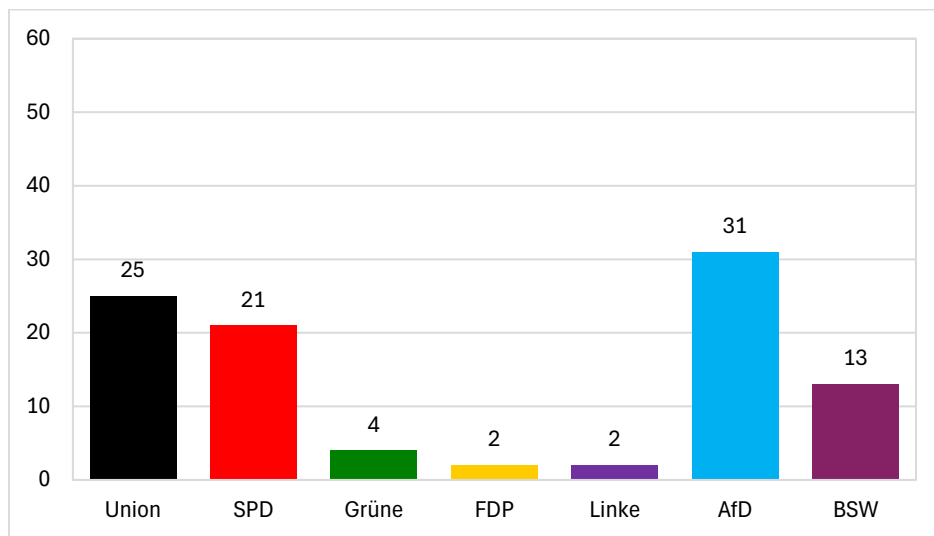
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte; Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.003 Befragte; Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

Wahlverhalten von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind grundsätzlich alle wahlberechtigt. Unter ihnen ist die AfD die stärkste Partei, gefolgt von der Union und der SPD. Rund 31 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler entscheidet sich aktuell für die AfD. Damit liegt der Anteil noch einmal deutlich über dem Durchschnitt der AfD unter Deutschen mit Migrationshintergrund (19 Prozent, Abb. 2). Die Union mit 25 Prozent sowie die SPD mit 21 liegen dagegen im Gruppendurchschnitt. Auffällig ist unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern auch der hohe Anteil für das BSW (13 Prozent). Grüne, FDP und Linke (4 bzw. 2 Prozent) erhalten kaum Stimmenanteile.

Die russlandstämmigen und polenstämmigen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind als Gruppe jeweils zu klein, um eine tiefergehende Analyse vorzunehmen. Es deutet sich jedoch an, dass sich das Wahlverhalten der russlandstämmigen und polenstämmigen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler kaum von der Gesamtgruppe der Russlandstämmigen bzw. Polenstämmigen unterscheidet. Demnach fallen die AfD-Anteile bei russlandstämmigen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern niedriger aus als in anderen Spätaussiedlergruppen, die SPD-Anteile dagegen höher. Wie auch bei der Gesamtgruppe der Russlandstämmigen ist auch bei den russlandstämmigen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern von einer größeren Veränderung in den letzten Jahren auszugehen.

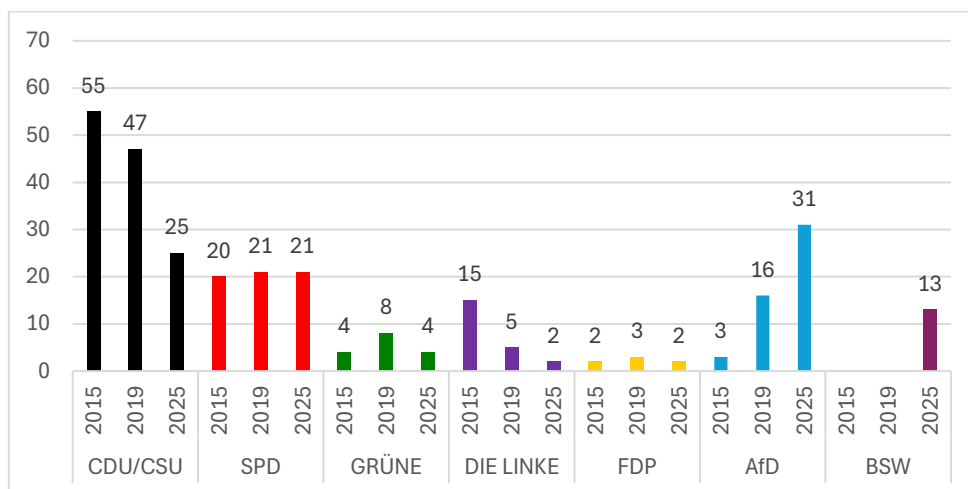
Abb. 12: Wahlabsicht von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben (N=183). Bei allen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern handelt es sich als Deutsche mit Migrationshintergrund um Wahlberechtigte.

Bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern verliert die Union ebenfalls im Zeitverlauf an Stimmenanteilen und wird von der AfD als stärkste Kraft abgelöst. Während sich der Anteil der Union im Vergleich zu 2019 (47 Prozent) fast halbiert (2025: 25 Prozent), verdoppelt sich im gleichen Zeitraum der AfD-Anteil auf 31 Prozent. Stark an Zustimmung verliert seit 2015 die Linke unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, wohingegen das BSW in dieser Gruppe überdurchschnittlich gut abschneidet (13 Prozent).

Abb. 13: Wahlverhalten von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Zeitverlauf



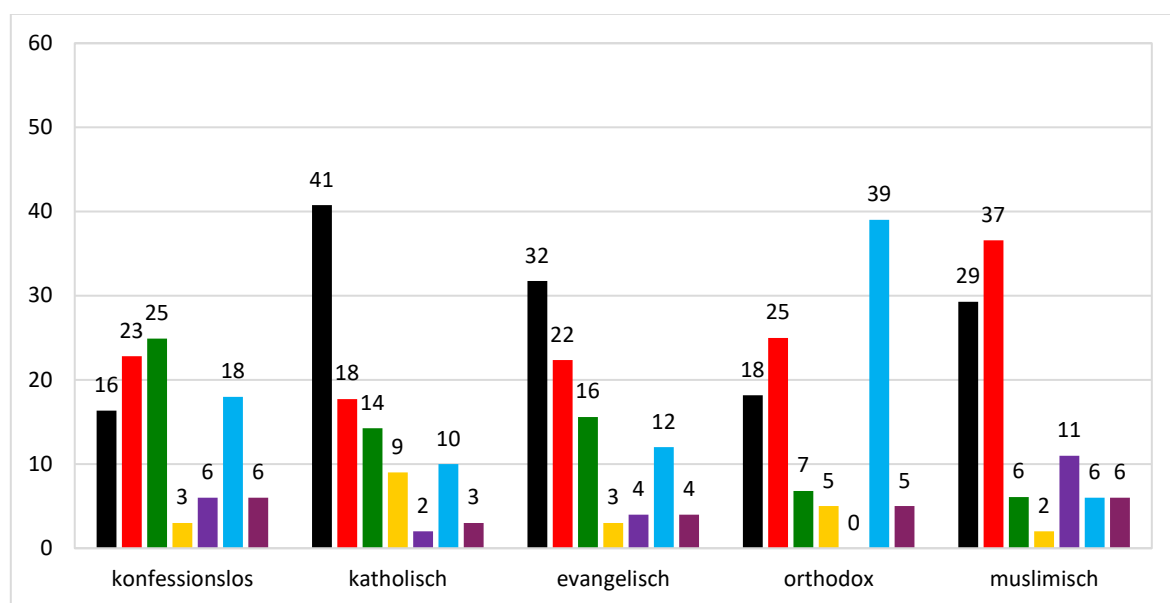
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte; Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.003 Befragte; Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.034

Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

Wahlverhalten nach Religionszugehörigkeit

Im Wahlverhalten nach Konfession zeigt sich der bekannte Zusammenhang, dass Katholikinnen und Katholiken überdurchschnittlich zur Union neigen und dies in etwas geringerer Stärke auch für Protestantinnen und Protestanten gilt (vgl. auch Neu 2020). Unter Konfessionslosen und Orthodoxen schneidet die Union deutlich schwächer ab. Die SPD ist bei Musliminnen und Muslimen stärkste Kraft, die AfD bei Orthodoxen und die Grünen unter Konfessionslosen.

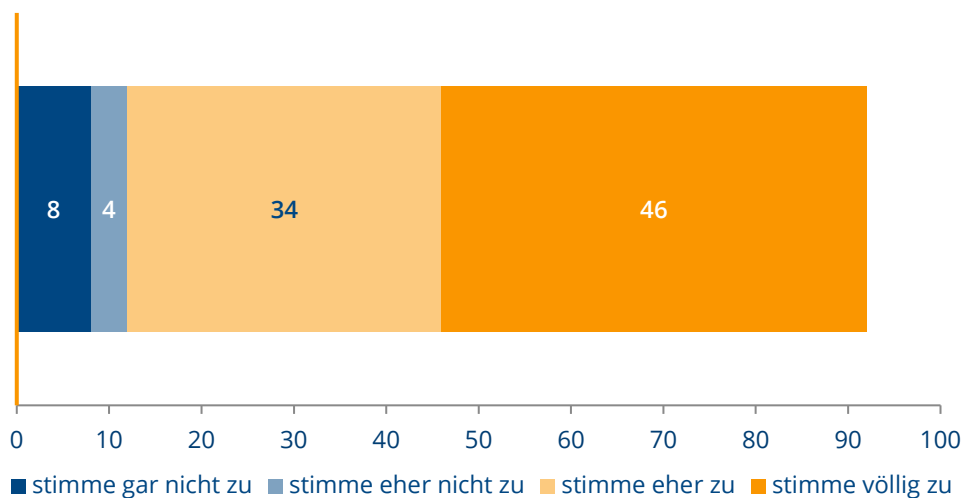
Abb. 14: Wahlverhalten nach Religionszugehörigkeit



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre [Einblendung bei Ausländerinnen und Ausländern: und Sie in Deutschland wählen dürften], welche Partei würden Sie dann wählen?“ Berücksichtigt wurden nur Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben.

Im Deutschen Bundestag gibt es mit der Christlich Demokratischen Union (CDU) eine Partei, die eine religiöse Prägung im Namen trägt. Musliminnen und Muslime wurden daher gefragt, ob die Wahl einer christlich geprägten Partei vor dem eigenen muslimischen Glaubenshintergrund vorstellbar sei. Die Antwort fällt deutlich aus: 80 Prozent der muslimischen Befragten stimmen eher oder völlig zu, eine christlich geprägte Partei wählen zu können. Im Zeitvergleich ist dieser Anteil seit 2015 sogar noch leicht gestiegen (74 Prozent, vgl. Pokorny 2025).

Abb. 15: Einschätzungen zu der Aussage „Ich als Muslim kann mir vorstellen, eine christlich geprägte Partei zu wählen.“



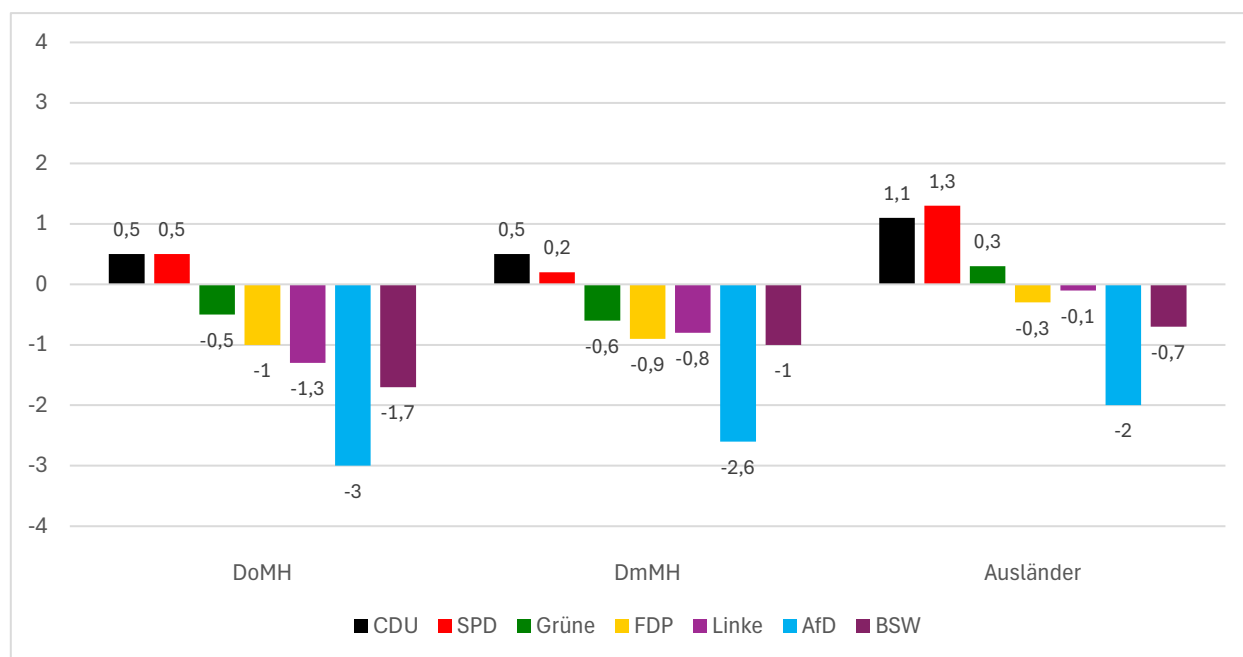
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Sagen Sie mir bitte, wie stark Sie dieser Aussage persönlich zustimmen: Ich als Muslim kann mir vorstellen, eine christlich geprägte Partei zu wählen.“

Bewertung von Parteien

Die Bewertungen der Parteien zeigen, dass lediglich die CDU⁸ und die SPD bei Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie bei Ausländerinnen und Ausländern durchschnittlich positiv bewertet werden – die AfD wird dagegen in allen Gruppen mehrheitlich stark negativ bewertet. Die Befragten sollten alle Parteien auf einer Skala von -5 bis +5 bewerten. Die durchschnittliche Bewertung gibt dabei sowohl einen Anhaltspunkt über die generelle Wahrnehmung dieser Partei als auch über die Größe des Wählerpotenzials in der jeweiligen Gruppe. Auffällig ist, dass sich die Bewertung der Parteien nur teilweise mit dem Wahlverhalten (vgl. Abb. 2) deckt. Einerseits erhalten CDU und SPD als jeweils stärkste und zweitstärkste Kraft als einzige Parteien in allen Gruppen positive Durchschnittsbewertungen. Andererseits erhält die AfD trotz größerer Stimmanteile (vgl. Abb. 2) eine durchschnittlich stark negative Bewertung. Bis auf die Grünen in der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer (0,3) werden alle übrigen Parteien in allen Gruppen durchschnittlich eher negativ bewertet.

Abb. 16: Bewertung der Parteien von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Durchschnittswerten. Frage: „Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand einer Skala von -5 bis +5. „Minus 5“ heißt, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten, „plus 5“ heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen, also -4, -3, -2, -1, 0, +1, +2, +3 und +4 können Sie Ihre Meinung jeweils abstimmen.“

Im Vergleich zu vor zehn Jahren zeigt sich ein deutlicher Rückgang in der durchschnittlichen Parteisympathie. CDU, SPD und Grüne erzielten 2015 in allen Gruppen deutliche Pluswerte – die CDU und die SPD lagen in allen Gruppen zwischen Werten von 1,5 (DoMH) und 2,0 bzw. 2,2 (Ausländerinnen und Ausländer). Ebenso wie bei CDU und SPD sind die Bewertungen der Grünen und der AfD seit 2015 in allen Gruppen gesunken. Die Linke verliert insbesondere in der Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund (-1 Punkt), während die FDP in etwa ähnlich bewertet wird (vgl. weiterführend Pokorny 2016: 69 ff.). Die Gründe für die gesunkenen Parteibewertungen reichen von gestiegener Polarisierung (betreffend insbesondere Grüne und AfD) über einen Rückgang der Wähleranteile (betreffen insbesondere CDU und SPD) bis hin zur generell höheren Fragmentierung der Wählerschaft insgesamt. In den letzten Jahren konnte zudem ein niedriges Institutionenvertrauen beobachtet werden (vgl. Pokorny 2024).

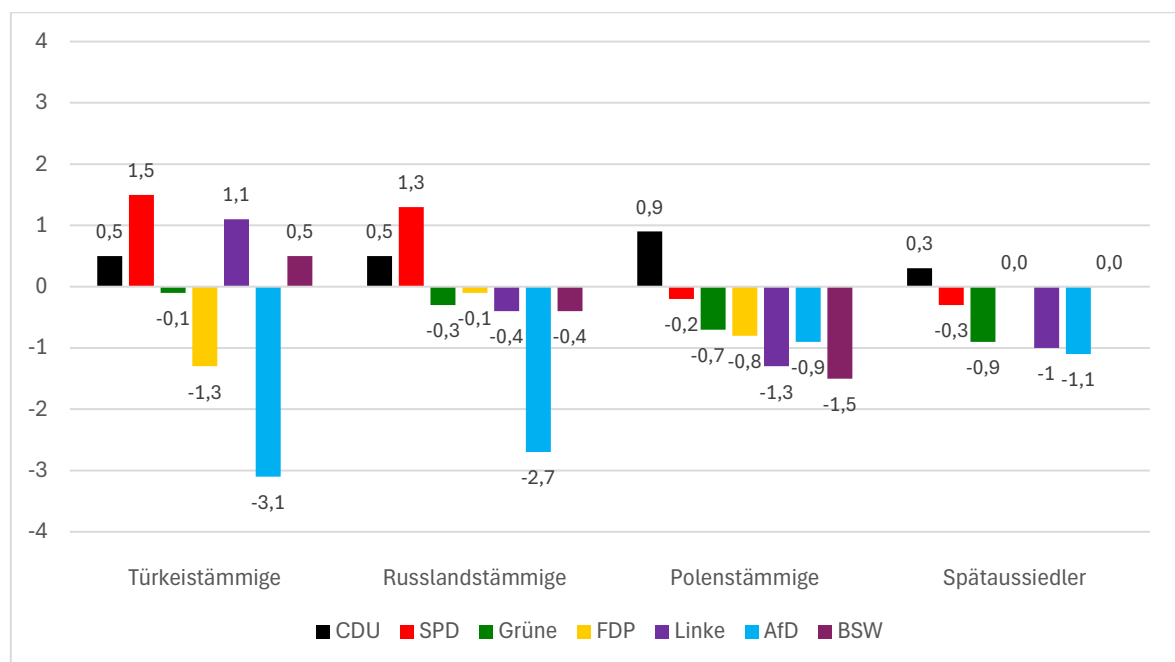
Die CDU ist die einzige Partei, die bei Russland-, Polen- und Türkeistämmigen sowie bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern durchschnittlich positiv bewertet wird. Es zeigt sich, dass die CDU grundsätzlich bei allen Herkunftsgruppen anschlussfähig ist und nicht mehrheitlich abgelehnt wird.

Bei türkei- und russlandstämmigen Personen erhält die auch in der Sonntagsfrage stark präferierte SPD durchschnittlich positive Bewertungen (1,5 bzw. 1,3). Die Linke (1,1) und das BSW (0,5) erhalten nur bei Türkeistämmigen eine positive Bewertung (1,1), während FDP (-1,3) und AfD (-3,1) besonders negativ bewertet werden. Bei den Russlandstämmigen werden außer der SPD und der CDU (+0,5) alle anderen Parteien leicht negativ bewertet, mit Ausnahme der AfD (-2,7), die eine

stark negative Durchschnittsbewertung erhält. Obwohl CDU und AfD denselben Wähleranteil unter Russlandstämmigen aufweisen (14 Prozent), fällt die durchschnittliche Parteienbewertung aufgrund der hohen Ablehnung der AfD bei großen Teilen der Russlandstämmigen vollkommen unterschiedlich aus.

Bei Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern ist die CDU die einzige Partei, die im Schnitt eine positive Bewertung aufweist (0,9 bzw. 0,3). Die AfD erhält trotz ihrer Position als stärkste Partei eine durchschnittliche negative Bewertung (-0,9 bzw. -1,1), die jedoch, verglichen mit dem Durchschnitt der Deutschen mit Migrationshintergrund (-2,6), positiver ausfällt. Dennoch: Die AfD polarisiert auch in den Gruppen, in denen sie erfolgreicher ist, merklich und wird von vielen Befragten stark abgelehnt.

Abb. 17: Bewertung der Parteien von Türkei-, Russland- und Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Durchschnittswerten. Frage: „Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand einer Skala von -5 bis +5. „Minus 5“ heißt, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten, „plus 5“ heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen, also -4, -3, -2, -1, 0, +1, +2, +3 und +4 können Sie Ihre Meinung jeweils abstimmen.“

Auch für die Herkunftsgruppen gilt, dass die Parteibewertungen vor zehn Jahren durchschnittlich positiver ausfielen. Unter Russland- und Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern erhält die CDU deutlich niedrigere Bewertungen (2015: 2,1-2,4). Die SPD verzeichnet bei Polenstämmigen (2015: 1,8) und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern (2015: 1,9) einen Rückgang von einer deutlich positiven hin zu einer leicht negativen Bewertung. Die Grünen rutschen in allen Gruppen von einer positiven Bewertung (höchster Wert Türkeistämmige 2015: 1,7) in eine negative Durchschnittsbewertung. Die AfD-Bewertung sinkt bei Türkeistämmigen um einen Punkt und bei Russlandstämmigen sogar um 2,4 Punkte (-0,3 [2015] auf -2,7), während sie bei Polenstämmigen um 0,8 auf -0,9 Punkte steigt (vgl. Pokorny 2016).

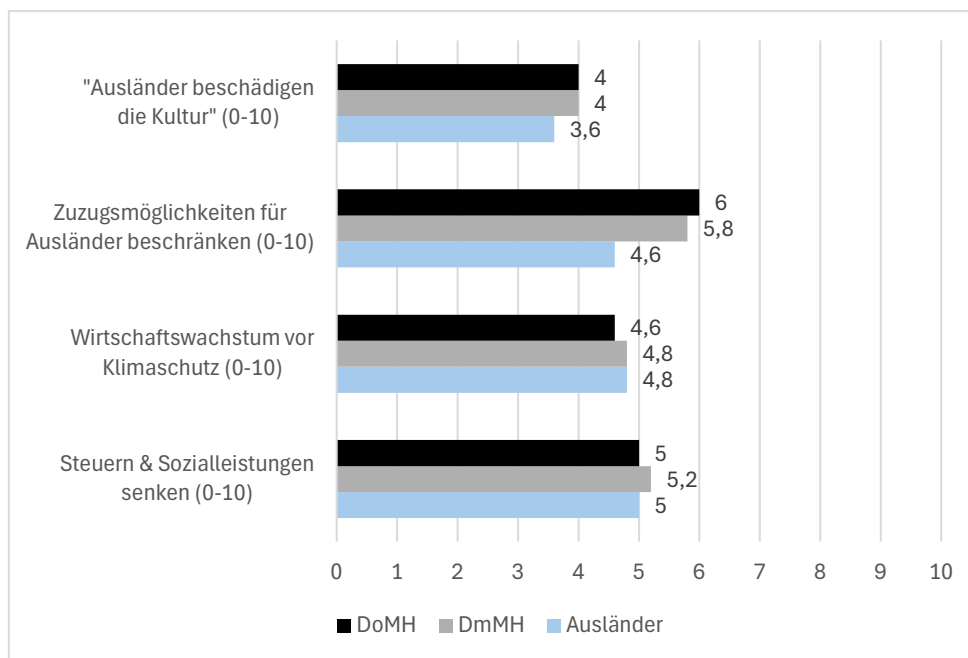
Politische Einstellungen

Bei politischen Einstellungen zu Steuern, Zuzug und Klimaschutz werden Unterschiede nach Herkunftsregion sichtbar, die verschiedene Parteipräferenzen erklären können. Die politischen Einstellungen von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich dagegen nicht. Ausländerinnen und Ausländer weichen beim Thema Zuzug ab.

Um Unterschiede in den politischen Einstellungen in wichtigen Politikfeldern zu erfassen, wurden den Befragten vier Fragen gestellt, bei denen sie sich auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen mussten. Die vollständigen Fragen finden Sie im Folgenden. Die Durchschnittswerte sind in Abbildung 18 und 19 dargestellt.

- „Manche wollen weniger **Steuern und Abgaben**, auch wenn das weniger **sozialstaatliche Leistungen** bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mithilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet, 10 heißt weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“
- „Manche wollen die **Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer** erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen. 10 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“
- „Manche meinen, dass die **Bekämpfung des Klimawandels** auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem **Wirtschaftswachstum** schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang hat, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 10 heißt, dass Wirtschaftswachstum Vorrang hat, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert.“
- Einige sagen, dass die **Ausländer in Deutschland die Kultur in diesem Land beschädigen**. Andere sagen, dass sie die **Kultur in diesem Land bereichern**. Was ist Ihre Meinung? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, die Ausländer in Deutschland beschädigen die Kultur in diesem Land. 10 heißt, die Ausländer in Deutschland bereichern die Kultur in diesem Land. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Abb. 18: Politische Einstellungen von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Durchschnittswerten auf der Skala 0 bis 10. Die Formulierung in der Grafik entspricht dem Skalenpunkt 10. Vollständige Skala und Fragen: s. Seite 20.

Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich in ihren Einstellungen zum Thema Sozialstaat, Klimaschutz, Zuzug und ausländischem Kultureinfluss im Durchschnitt praktisch nicht voneinander. Für Ausländerinnen und Ausländer gilt dies bei den Themen Sozialstaatspräferenz und Vorzug von Wirtschaftswachstum bzw. Klimaschutz ebenfalls.

Einen deutlichen Unterschied gibt es beim Thema Zuzug: Ausländerinnen und Ausländer sprechen sich durchschnittlich eher minimal für eine Zuzugserleichterung aus (4,6), wohingegen Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund sich eher für eine Einschränkung (5,8 bzw. 6) aussprechen. Für die Wahlberechtigten konnten in den letzten Jahren bei diesen Fragen des „politischen Raums“ stärkere Verschiebungen beobachtet werden (weiterführend Hirndorf 2024). Inwiefern dies auch für die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer zutrifft, kann mangels eines Zeitvergleichs hier nicht aufgeschlüsselt werden.

Bei der Frage, ob ausländischer Einfluss die Kultur in Deutschland bereichert oder beschädigt, neigen alle Gruppen durchschnittlich zur „Bereicherung“. Ausländerinnen und Ausländer sind hier – als Angesprochene sowie z. T. Diskriminierte – noch etwas stärker dieser Überzeugung (3,6).

Nach Herkunftsgruppen zeigen sich – nicht nur bei dieser Frage – deutliche Unterschiede. Türkistämmige Personen ordnen sich mit einer 3,1 durchschnittlich deutlich in Richtung „Bereicherung“ ein, während Polenstämmige sogar leicht der Ansicht sind, dass ausländischer Einfluss die Kultur in Deutschland beschädigt (5,8). Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ordnen sich – anders als Deutsche ohne Migrationshintergrund und Russlandstämmige (4 bzw. 4,1) – exakt mittig ein (5,0). Es ist zu vermuten, dass sich Polenstämmige trotz ihrer Migrationserfahrung weniger stark als

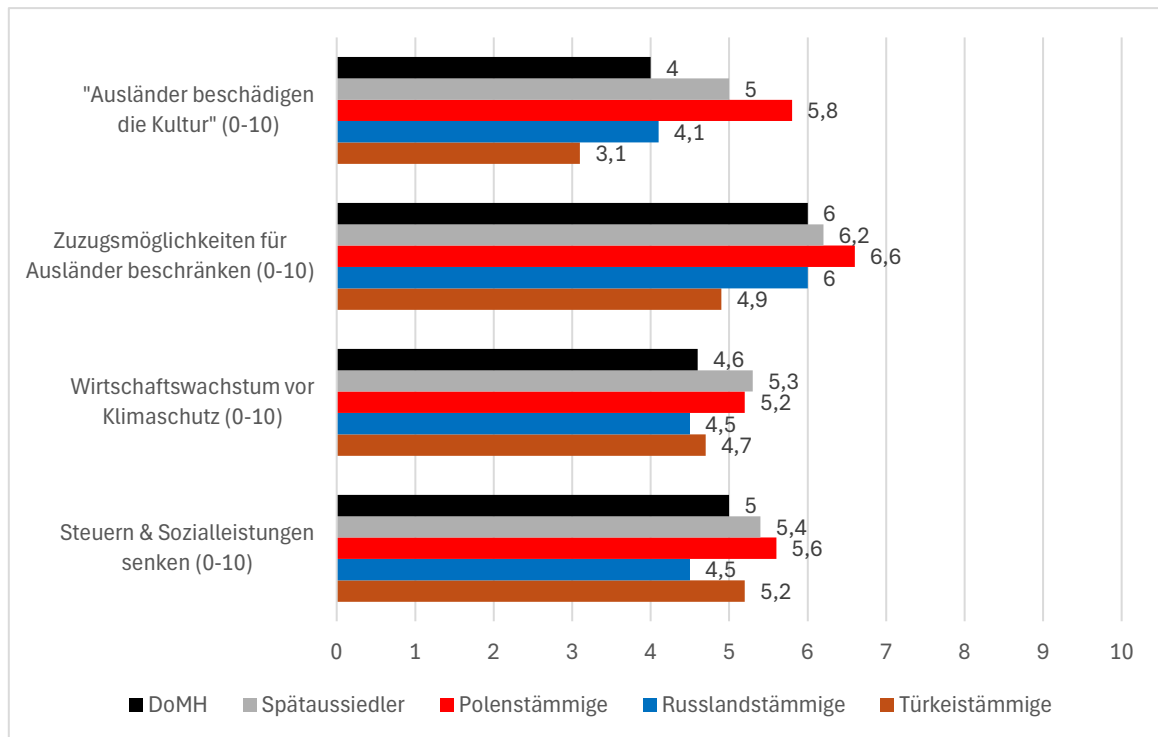
„ausländisch“ wahrnehmen. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler tun dies wohl aufgrund ihrer deutschen Herkunft ohnehin nicht.

Weitere Erklärungsmuster für das Wahlverhalten geben die Durchschnittswerte beim Thema Migration. Türkeistämmige zeigen wie die Ausländerinnen und Ausländer – anders als alle anderen Gruppen – keine leichte Präferenz für die Einschränkung von Zuzugsmöglichkeiten, sondern stufen sich sehr mittig ein (4,9). Polenstämmige stufen sich im Vergleich deutlich rechts (6,6) neben den Deutschen ohne Migrationshintergrund und übrigens auch der Unions-Wählerschaft (jeweils 6,0; vgl. Hirndorf 2024) ein. Die überdurchschnittlichen AfD-Wähleranteile in der Gruppe der Polenstämmigen decken sich mit dieser durchschnittlichen Positionierung.

Generell positionieren sich Polenstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler durchgängig rechts der Mitte und im Vergleich etwas weiter rechts als Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt. Die Wahlabsicht für die AfD als stärkste und Union als zweitstärkste Kraft überrascht daher – ebenso wie die eher unterdurchschnittlichen Anteile für SPD, Grüne und Linke – mit Blick auf die politischen Einstellungen nicht.

Die Russlandstämmigen unterscheiden sich kaum von den Deutschen ohne Migrationshintergrund, sodass ihr abweichendes Wahlverhalten weiter erklärungsbedürftig scheint. In einer entscheidenden Frage des politischen Raums tun sie dies allerdings dann doch: Russlandstämmige Befragte sprechen sich durchschnittlich eher – im Gegensatz zu allen anderen Gruppen – für eine Stärkung des Sozialstaats auch bei höherer Steuerlast aus. Dies ist auch insofern bemerkenswert, als dass die Tendenz zur neutralen Mitte (5) bei dieser Frage generell stark ist und eine Abweichung um 0,5 (Russlandstämmige: 4,5) durchaus stärker interpretiert werden darf als bei anderen Fragen. Schlussfolgert man also eine sozialpolitisch linkere Einstellung der Russlandstämmigen, so erklären sich die überdurchschnittlichen Anteile für SPD (43 Prozent) und Linke (11 Prozent).

Abb. 19: Politische Einstellungen von Deutschen ohne Migrationshintergrund, Russland-, Polen- und Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Durchschnittswerten auf der Skala 0 bis 10. Die Formulierung in der Grafik entspricht dem Skalenzentrum. Fragen: s. Seite 20.

Türkeistämmige fallen zwar im Durchschnitt der sozialpolitischen Präferenzen nicht weiter auf, jedoch gibt die Sozialstruktur einen Hinweis zur Erklärung sozialpolitisch links ausgerichteter Parteien: So geben bei Türkeistämmigen 27 Prozent an, nur schwer oder sehr schwer mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtzukommen.⁹ Das Einkommen ist dabei eng verknüpft mit der formalen Bildung: 62 Prozent der Türkeistämmigen haben einen niedrigen formalen Bildungsabschluss – bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern (44 Prozent), Polenstämmigen (37 Prozent) und Russlandstämmigen (36 Prozent) liegt dieser Anteil niedriger, aber ebenfalls deutlich über der Verteilung unter Deutschen ohne Migrationshintergrund (27 Prozent).

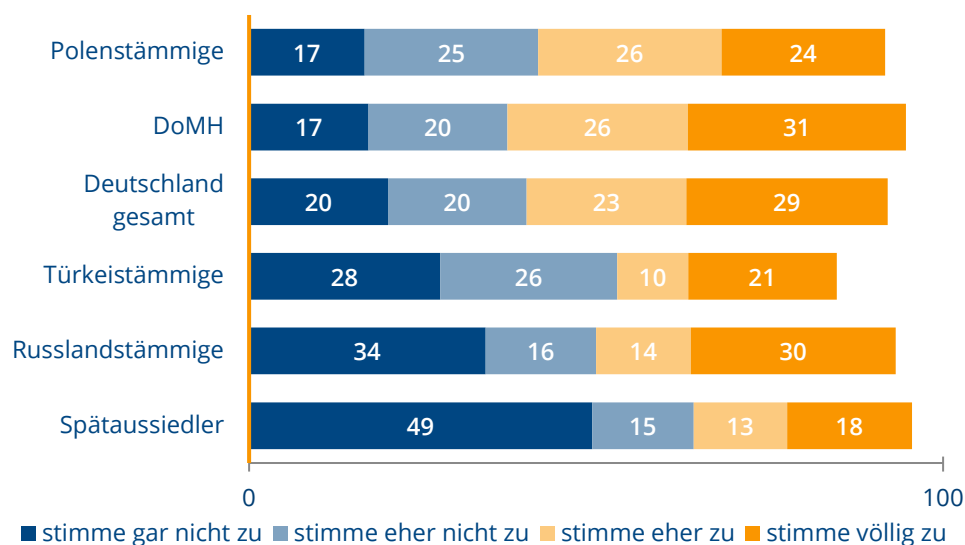
Zudem sind Unterschiede bei der Nähe zu autoritären und populistischen Einstellungen einschlägig zur Erklärung des Wahlverhaltens. Pokorny zeigt in ihrer Studie zu (demokratischen) Einstellungen, dass Polenstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mehrheitlich eine Zustimmung zu einer autoritären Führungsperson aufweisen (58 bzw. 55 Prozent; 2025: 85). Unter Deutschen ohne Migrationshintergrund findet sich hier keine Mehrheit (44 Prozent).

Einstellungen zum Krieg in der Ukraine

Mithilfe einer Frage zur Alleinschuld Russlands am Krieg in der Ukraine kann gezeigt werden, dass außenpolitische Präferenzen für Polen- und Russlandstämmige mutmaßlich weniger entscheidenden Einfluss auf die Wahlabsicht haben. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler stehen in ihrer Wahrnehmung des russischen Angriffskriegs heraus, was überdurchschnittliche Wähleranteile bei AfD und BSW erklären könnte.

Während bei Polenstämmigen und Deutschen ohne Migrationshintergrund nur rund ein Sechstel (17 Prozent) die Alleinschuld Russlands entschieden ablehnt, sind es bei Russlandstämmigen jede/r Dritte und bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern jede/r Zweite. Gleichzeitig finden sich auch in diesen beiden Gruppen Anteile (18 Prozent der Spätaussiedler bzw. 30 Prozent der Russlandstämmigen), die eindeutig eine russische Alleinschuld am Krieg in der Ukraine sehen. Der Grad der Polarisierung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine fällt in diesen Migrationsgruppen hoch aus.

Abb. 20: Ablehnung und Zustimmung zur Aussage „Russland ist alleine schuld am Krieg in der Ukraine.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Sagen Sie mir bitte, wie stark Sie dieser Aussage persönlich zustimmen: Russland ist alleine schuld am Krieg in der Ukraine.“

In der AfD- und BSW-Wählerschaft sieht eine Mehrheit (54 Prozent) eindeutig keine russische Alleinschuld am Krieg in der Ukraine. In allen anderen Parteianhängerschaften ist nur ein Bruchteil dieser Meinung. Im Gegenteil: Hier stimmt jeweils eine Mehrheit der Aussage zur russischen Alleinschuld (eher) zu (ohne Abbildung).

Die Frage nach der russischen Alleinschuld zeigt die Heterogenität der Gruppe der Russlandstämmigen. Während 30 Prozent dieser Alleinschuld vollkommen zustimmen, wird sie gleichzeitig von 34 Prozent entschieden abgelehnt. Allerdings findet sich im Wahlverhalten kein erhöhter BSW- (4 Prozent) oder AfD-Anteil (14 Prozent), der dem Anteil der harten Ablehnung der russischen Alleinschuld politisch am ehesten entsprechen würde (34 Prozent, Abb. 20). Außenpolitische Orientierungen zum Krieg in der Ukraine scheinen demnach weniger Erklärungskraft für das Wahlverhalten zu besitzen. Ähnliches gilt für Polenstämmige, die zwar einen erhöhten AfD- (33 Prozent) und moderaten BSW-Anteil (6 Prozent) aufweisen, jedoch nur jede/r Sechste die russische Alleinschuld deutlich ablehnt.

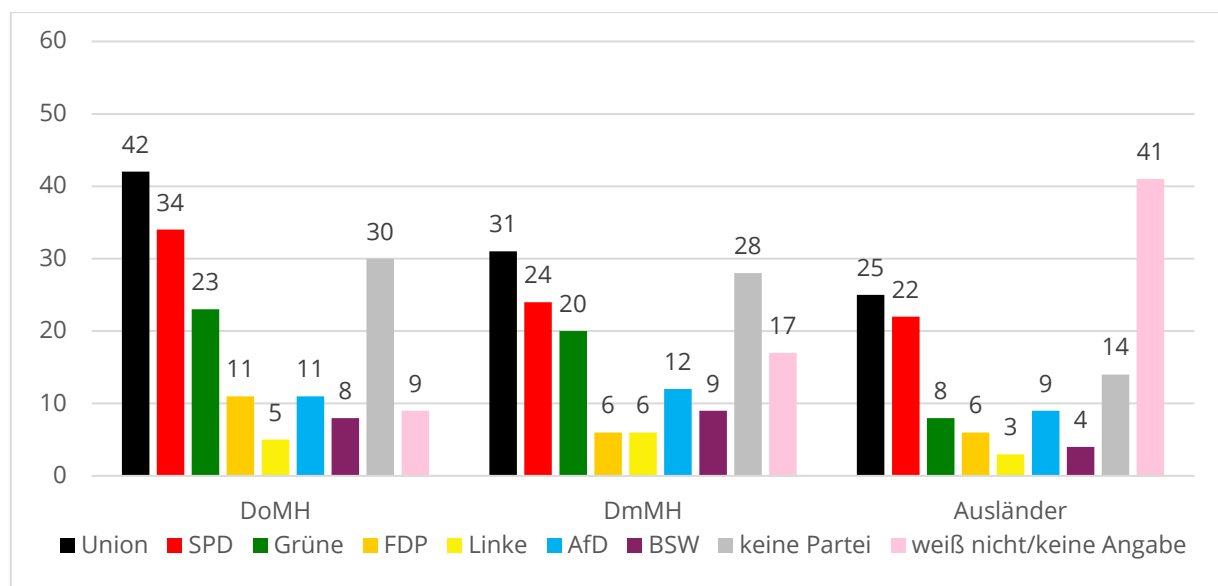
Anders liegt der Fall bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, wo sich der erhöhte AfD- (31 Prozent) und BSW-Anteil (12 Prozent) durchaus in der Positionierung zur Schuldfrage am Krieg in der Ukraine widerspiegelt. So lehnt jede/r Zweite eine russische Alleinschuld ab – eine Position, die in großen Teilen der AfD und BSW und mehrheitlich in deren Wählerschaften vertreten wird.

Wahrgenommene Problemlösungskompetenz von Parteien

Die allgemeine Problemlösungskompetenz gilt als guter Indikator für den Wahlerfolg von Parteien. Die Union ist bei Deutschen ohne und mit Migrationshintergrund sowie bei Ausländerinnen und Ausländern die am häufigsten genannte Partei auf die Frage, wer – alles in allem – die aktuellen Probleme lösen könne. Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund nennen 42 Prozent der Befragten – unter möglichen Mehrfachnennungen – mindestens eine der Unionsparteien. Die zweitmeisten Nennungen erhält die SPD (34 Prozent). Auf Rang drei folgen die Grünen (23 Prozent). Diese Abfolge entspricht der Reihenfolge der Parteien in der Sonntagsfrage (vgl. Abb. 2) und zeigt, dass die zugesprochene Problemlösungskompetenz die Parteipräferenz gut erklären kann.

Für Deutsche mit Migrationshintergrund zeigt sich eine ähnliche Verteilung, nur fallen die Werte hier – auch aufgrund höherer „weiß nicht“ Angaben – insgesamt niedriger aus. Bei Ausländerinnen und Ausländern gibt es noch einmal weniger Parteienennungen, was auch die niedrige Wahlabsichtsquote erklärt. Viele Ausländerinnen und Ausländer trauen sich kein Urteil über die politischen Parteien zu (41 Prozent weiß nicht/keine Angabe) und treffen entsprechend auch keine Wahlabsicht. Das Muster bleibt jedoch mit Blick auf die Parteienennungen dasselbe: Die Position der Union als stärkste Kraft bei Ausländerinnen und Ausländern und die Position der SPD als zweitstärkste Kraft erklären sich auch über das Zutrauen in diese beiden Parteien, die aktuellen Probleme zu lösen.

Abb. 21: Wahrgenommene Problemlösungsfähigkeit von Parteien unter Deutschen ohne und mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern



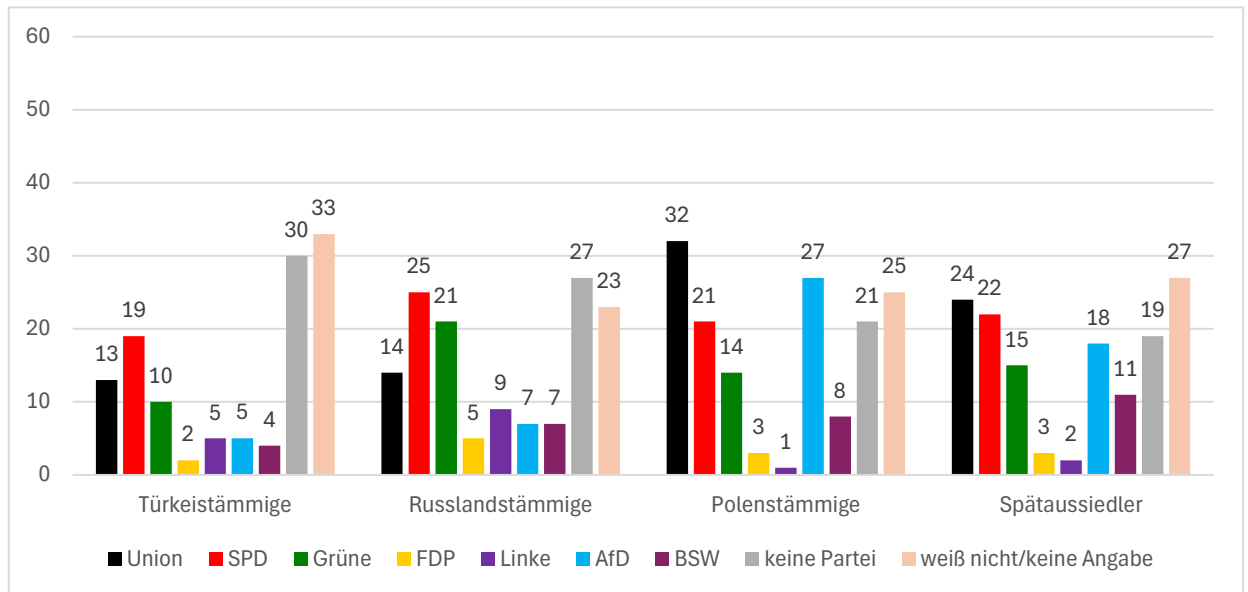
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Welche Parteien können Ihrer Meinung nach – alles in allem – die aktuellen Probleme lösen? Und welche Parteien noch?“

Wie im Wahlverhalten zeigt sich auch in der Wahrnehmung der Problemlösungsfähigkeiten der Parteien ein deutlich heterogeneres Bild bei der Betrachtung nach verschiedenen Herkunftsgruppen. In allen Gruppen sorgt der erhöhte Anteil in der Antwortkategorie „weiß nicht/keine Angabe“ für niedrigere Werte bei den Parteienennungen. Die Nennungen einer Partei fallen insbesondere bei den Türkeistämmigen verhalten aus: Vorn liegt die SPD mit lediglich 19 Prozent, gefolgt von der Union (13 Prozent). Auch unter Russlandstämmigen ist der Balken der meistgenannten Partei (SPD: 25 Prozent) nicht der Höchste, denn 27 Prozent trauen aktuell keiner Partei die Lösungen der politischen Probleme zu. Bei Polenstämmigen liegt anders als beim Wahlverhalten die Union auf Platz eins (32 Prozent), gefolgt von der AfD (27 Prozent). Gleiches gilt für die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bei denen die AfD (18 Prozent) hinter SPD (22 Prozent) und Union (24 Prozent) auf Platz drei liegt. Hier wird deutlich, dass der AfD zumeist nur aus dem eigenen Wählerlager Kompetenzen zugesprochen werden, während die demokratischen Parteien der politischen Mitte bei dieser Form der Mehrfachnennung von einer breiteren Befragtengruppe genannt werden.

Die hohen Werte bei den Antwortstufen „weiß nicht“/ „keine Angabe“ verdeutlichen noch einmal, dass es innerhalb der heterogenen Migrantengruppen immer wieder größere Teile gibt, die scheinbar nur wenige Berührungspunkte mit der politischen Landschaft haben. Etwa 40 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund, die sich nur einmal die Woche oder seltener über Politik informieren, können oder wollen kein Urteil zur Problemlösungsfähigkeit deutscher Parteien abgeben. Noch niedriger fällt die Wahlabsicht in der Gruppe der weniger Informierten aus (s. Seite 5). Innerhalb dieser durchaus größeren Gruppe unter Deutschen mit Migrationshintergrund (30 Prozent) und Ausländerinnen und Ausländern (42 Prozent) scheint eine große Zurückhaltung bis Unsicherheit zu herrschen.

Abb. 22: Wahrgenommene Problemlösungsfähigkeit von Parteien nach Herkunftsland



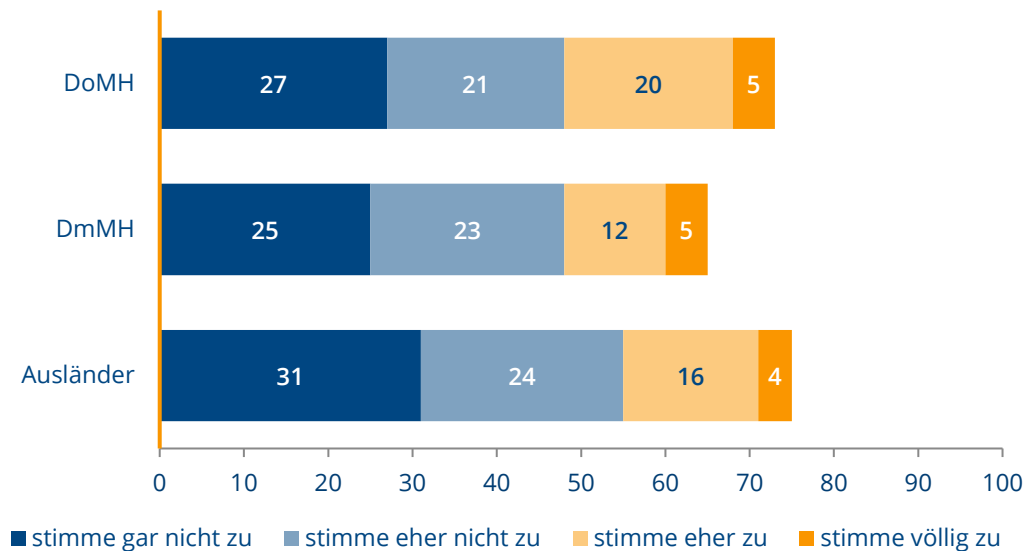
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Welche Parteien können Ihrer Meinung nach – alles in allem – die aktuellen Probleme lösen? Und welche Parteien noch?“

Politische Vertretung migrantischer Interessen

Trotz größerer Nichtwähleranteile ist nur ein Bruchteil der Deutschen mit Migrationshintergrund sowie der Ausländerinnen und Ausländer der Meinung, dass keine Partei in Deutschland die Interessen der Migranten vertrete. Die Anteile in diesen drei Gruppen haben sich im Vergleich zu einer Vorgängerstudie seit 2015 kaum verändert (vgl. Pokorny 2016: 74).

Abb. 23: Einschätzung zur Aussage „Keine Partei in Deutschland vertritt die Interessen der Migranten“ von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern

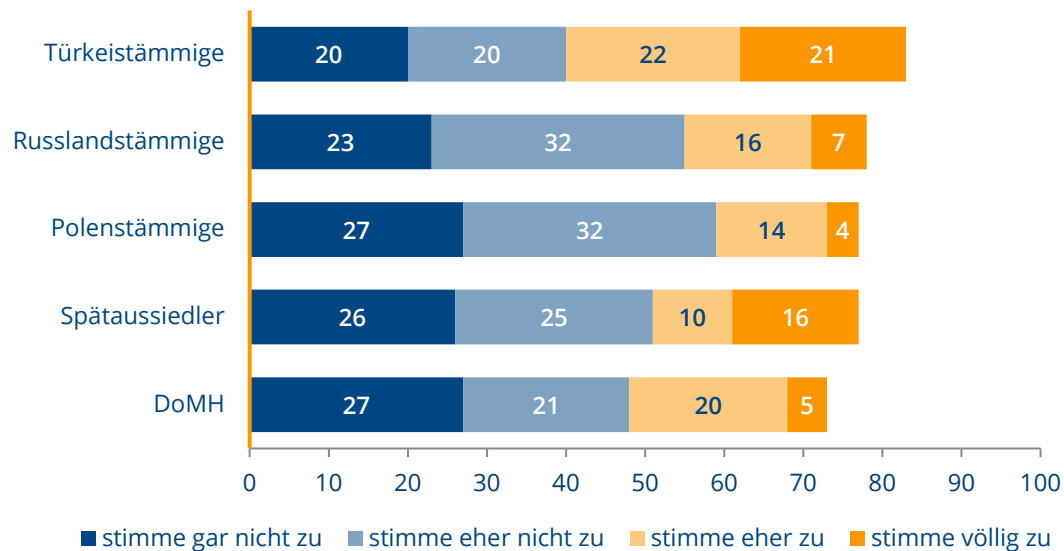


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Sagen Sie mir bitte, wie stark Sie dieser Aussage persönlich zustimmen: Keine Partei in Deutschland vertritt die Interessen der Migranten.“

Die Ausnahme bildet die Gruppe der Türkeistämmigen, bei denen ein deutlicher Anstieg in der Zustimmung zu verzeichnen ist. Bereits bei der Erhebung dieser Frage 2019 war in der Gruppe der Türkeistämmigen der Anteil am größten, die der Meinung sind, dass keine Partei die Interessen der Migranten vertritt. 28 Prozent stimmten damals „eher“ oder „völlig“ zu. Dieser Anteil ist nun auf 43 Prozent angewachsen. Bei Polen- und Russlandstämmigen ist der Anteil im orangenen Wertebereich der Zustimmenden seit 2015 nur unwesentlich angewachsen (+3 bzw. +4 Prozentpunkte), während sich bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern keine Veränderung zeigt. Insgesamt fühlt sich demnach insbesondere bei türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten ein großer Anteil von keiner politischen Partei vertreten.

Abb. 24: Einschätzung zur Aussage „Keine Partei in Deutschland vertritt die Interessen der Migranten.“ von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Sagen Sie mir bitte, wie stark Sie dieser Aussage persönlich zustimmen: Keine Partei in Deutschland vertritt die Interessen der Migranten.“

Zusammenfassung

Im Wahlverhalten zeigen sich insgesamt erhebliche Veränderungen in nahezu allen betrachteten Gruppen. Diese Dynamiken in einem sich im Wandel befindenden Parteiensystem werden insbesondere im Zeitvergleich der letzten fünf Jahre deutlich. Das Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern ähnelt einander und zeigt seit 2015 analoge Veränderungen wie das Erstarken der AfD und das gesunkene Potenzial der Grünen. Die Union ist in allen Gruppen die stärkste politische Kraft und erhält im Vergleich die größte Zustimmung bei Ausländerinnen und Ausländern (31 Prozent). Im Zeitvergleich verliert die Union jedoch bei Deutschen mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern an Zustimmung.

Lediglich die CDU und die SPD werden als Partei bei Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie bei Ausländerinnen und Ausländern durchschnittlich positiv bewertet. Trotz größerer Stimmanteile erhält die AfD eine durchschnittlich stark negative Bewertung. Bis auf die Grünen in der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer (0,3) werden alle übrigen Parteien in allen Gruppen durchschnittlich eher negativ bewertet. Im Vergleich zu vor zehn Jahren zeigt sich ein deutlicher Rückgang in der durchschnittlichen Parteisympathie.

Die politischen Einstellungen von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich bei den Themen Zuzug, Klimaschutz und Sozialstaat durchschnittlich kaum voneinander. Ausländerinnen und Ausländer weichen beim Thema Zuzug ab: Sie sprechen sich durchschnittlich eher minimal für eine Zuzugserleichterung aus, wohingegen Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund sich eher für eine Einschränkung aussprechen.

Positiv ist die Nachricht, dass unter Deutschen mit Migrationshintergrund sowie unter Ausländerinnen und Ausländern kaum jemand der Meinung ist, dass keine Partei in Deutschland die Interessen der Migranten vertrete. Die Ausnahme bilden die Türkeistämmigen, wo fast jede/r Zweite dieser Aussage zustimmt.

Das Wahlverhalten von Russland-, Polen- und Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern unterscheidet sich sowohl untereinander als auch im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt deutlich. Während bei Türkei- und Russlandstämmigen die SPD mit Abstand stärkste Kraft ist und die Linke überdurchschnittlich abscheidet, liegen bei Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern die AfD gefolgt von der Union vorn. Jede Herkunftsgruppe zeichnet sich durch ein spezifisches Wahlverhalten aus.

Die CDU ist die einzige Partei, die bei Russland-, Polen- und Türkeistämmigen sowie bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern durchschnittlich positiv bewertet wird. Bei Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern ist die CDU die einzige Partei, die im Schnitt eine positive Bewertung aufweist. Es zeigt sich, dass die CDU grundsätzlich bei allen Herkunftsgruppen anschlussfähig ist und nicht mehrheitlich abgelehnt wird. Bei türkei- und russlandstämmigen Personen erhält die auch in der Sonntagsfrage stark präferierte SPD durchschnittlich positive Bewertungen. Die AfD erhält trotz ihrer Position als stärkste Partei bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Polenstämmigen eine durchschnittliche negative Bewertung, die jedoch, verglichen mit dem Durchschnitt der Deutschen mit Migrationshintergrund, positiver ausfällt. Dennoch: Die AfD polarisiert auch in den Gruppen, in denen sie erfolgreicher ist, merklich und wird von vielen Befragten stark abgelehnt.

Gründe für das spezifische Wahlverhalten der Gruppen nach Herkunftsregion finden sich u. a. in den politischen Einstellungen. Polenstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler stufen sich durchgängig rechts der Mitte und im Vergleich etwas weiter rechts als Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt. Die Wahlabsicht für die AfD als stärkste und Union als zweitstärkste Kraft – ebenso wie die eher unterdurchschnittlichen Anteile für SPD, Grüne und Linke – stehen im Einklang mit den politischen Präferenzen. Russlandstämmige positionieren sich sozialpolitisch stärker links. Mit der SPD und der Linken erhalten zwei Parteien, die diese Position vertreten, bei Russlandstämmigen überdurchschnittliche Wähleranteile.

Im Wahlverhalten nach Konfession zeigt sich der bekannte Zusammenhang, dass Katholikinnen und Katholiken überdurchschnittlich zur Union neigen und dies in etwas geringerer Stärke auch für Protestantinnen und Protestanten gilt. Für rund 80 Prozent der Musliminnen und Muslime ist die Wahl einer christlich geprägten Partei kein Problem. Die Union erzielt in der Gruppe der Musliminnen und Muslime mit Wahlabsicht einen überdurchschnittlichen Anteil. Unter Konfessionslosen und Orthodoxen schneidet sie deutlich schwächer ab. Die SPD ist bei Musliminnen und Muslimen stärkste Kraft, die AfD bei Orthodoxen und die Grünen unter Konfessionslosen.

Literatur

Hirndorf, Dominik, 2024: Politische Einstellungen zu Klimaschutz, Migration und Sozialstaat. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter:

<https://www.kas.de/de/web/wahlanalysen-und-gesellschaftsstudien/monitor/detail/-/content/politische-einstellungen-zu-klimaschutz-migration-und-sozialstaat> (zuletzt abgerufen am: 31.07.2025).

Neu, Viola, 2020: Religiosität und Wahlverhalten. Eine repräsentative Untersuchung. Analysen & Argumente. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Online unter:

<https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Religiosit%C3%A4t+und+Wahlverhalten.pdf> (zuletzt abgerufen am: 31.07.2025).

Pokorny, Sabine, 2025 (im Erscheinen): Einwanderungsgesellschaft im Wandel. Einstellungen von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern zwischen 2015 und 2025. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Im Erscheinen online unter: [wahlen.kas.de](https://www.wahlen.kas.de).

Pokorny, Sabine, 2024: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter:

<https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/baeumchen-wechsel-dich-politische-einstellungen-im-wandel> (zuletzt abgerufen am: 31.07.2025).

Pokorny, Sabine, 2024: Gute Gefühle, schlechte Gefühle. Repräsentative Umfrage zu Parteiimages und von Parteien ausgelöste Gefühle. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/gute-gefuehle-schlechte-gefuehle> (zuletzt abgerufen am: 31.07.2025).

Pokorny, Sabine/von Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich, 2021: Was eint die Einwanderungsgesellschaft? Eine repräsentative Umfrage zu Einstellungen, Glaube und Wertorientierungen von Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Pokorny, Sabine, 2016: Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Online unter:

<https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/was-uns-praegt.-was-uns-eint.1> (zuletzt abgerufen am: 31.07.2025).

Statistisches Bundesamt, 2024: Mikrozensus – Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Ergebnisse 2023. Wiesbaden. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/statistischer-be-richt-migrationshintergrund-erst-2010220237005.html> (zuletzt abgerufen am: 31.07.2025).

-
- ¹ Für eine ausführliche Darstellung der Befragungsmethode siehe Pokorny (2016). In der Studienbeschreibung können wortgleiche Überschneidungen zu Pokorny (2025) entstehen.
- ² Insgesamt wurden 585 fremdsprachige Interviews geführt (Russisch: 201, Türkisch: 133, Englisch: 122, Arabisch: 77, Polnisch: 44, Französisch: 8).
- ³ Zur genauen Definition siehe Pokorny/von Wilamowitz-Moellendorf (2021: 9 f.)
- ⁴ Tatsächlich sind lediglich 61 der 194 türkeistämmigen Personen Deutsche mit Migrationshintergrund. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass die türkeistämmige, dritte Generation von Migranten nicht länger als türkeistämmig erfasst wird, sofern Vater und Mutter z. B. als Kinder von Gastarbeiter-Eltern in Deutschland als Deutsche geboren wurden. Nach dem Status der Großeltern wurde in dieser Umfrage nicht befragt.
- ⁵ Für die Gruppe der wahlberechtigten Polenstämmigen (131 Wahlberechtigte) und Russlandstämmigen (85 Wahlberechtigte) mit Wahlabsicht zeigen sich nur minimale Unterschiede zu den Ergebnissen aller Polen- und Russlandstämmigen mit Wahlabsicht. Aufgrund des möglichen zukünftigen Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft/Wahlberechtigung sowie der deutlichen Senkung der Fehlertoleranz aufgrund der höheren Fallzahl, werden die Gruppen der polen- und russlandstämmigen Wahlberechtigten und Nicht-Wahlberechtigten analog zu den Türkeistämmigen gemeinsam ausgewertet.
- ⁶ Da die Befragung Ende Januar 2025 endete, spiegeln sich die gestiegenen Anteile für die Linke in dieser Umfrage noch nicht wider.
- ⁷ Für die Gruppe der Polenstämmigen ist aufgrund einer größeren Fallzahl auch eine Auswertung nach Wahlberechtigung möglich. Berücksichtigt man nur polenstämmige Deutsche mit Wahlabsicht (N=131), dann unterscheiden sich die Werte kaum von den Werten aller Polenstämmigen mit Wahlabsicht aus Abb. 10. Leichte Abweichungen gibt es für die Union (+4 Prozentpunkte unter Wahlberechtigten) und die Linke (-3 Prozentpunkte). Bei allen anderen Parteien schwankt der Wert lediglich im Toleranzbereich um maximal einen Prozentpunkt.
- ⁸ Die Wahrnehmung von CDU und CSU wurde getrennt abgefragt. Da die CSU jedoch nur in Bayern wählbar ist, zeigen sich deutliche Unterschiede zur CDU, insbesondere häufen sich die Nennungen zu „kann ich nicht beurteilen“, „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Auch bei bundesweiten Umfragen unter Wahlberechtigten verbinden die Befragten weniger mit der CSU als mit anderen Parteien (vgl. auch Pokorny 2024: 11). Da diese Studie sich darüber hinaus auch an Nicht-Wahlberechtigte richtet, wo dieser Effekt noch stärker auftritt, wurde auf eine separate Ausweisung der CSU verzichtet.
- ⁹ Auch bei Russlandstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern (20 Prozent) fällt dieser Wert höher aus als bei Polenstämmigen (15 Prozent). Zum Vergleich: Nur 8 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund geben an schwer oder sehr schwer mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtzukommen.

Impressum

Der Autor

Dominik Hirndorf (M.A., M.Sc.) studierte Staats-, Politik- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Passau, Konstanz und Göteborg. Anschließend war er am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg tätig. Seit 2020 ist er Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dominik Hirndorf

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3858

dominik.hirndorf@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gestaltung: yellow too Pasiek & Horntrich GbR

Lektorat: Manuela Klein (M.A.)

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).